

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. Februar 1920

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobacanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 17

Falsche und richtige Methoden

X. Leipzig als Zentrale der Buchdruckeropposition

Das entgegen eigener Aufschmückung immer noch dünnleibige Erzeugnis von unterirdischen Vaterkassen hätte von Leipzig aus am ehesten Gehversuche unternehmen können, wenn ihm die englische Krankheit nicht von der Geburtskunde an zu sehr anhaften würde. Berlin vermochte jedenfalls in Ermanglung einer geeigneten Druckgelegenheit für das eigne Organ die Sache nicht in die Hand zu nehmen, wenn dem Berliner auch die Versicherung: „Wir wollen das Kind schon schauen“, leicht von den Lippen geht. Die Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ bot wie einstmals bei der „Buchdruckerwacht“ die nötige Gewähr. So wird also in Leipzig das Kind geschauelt, und Berlin nimmt es lieberdillig an die andre Hand, damit der Wechselbalg das Fortbewegen lerne, was ihm aber über alles Erwarten der Vater-, Mutter- und Vetterkassen verdammt schwer fällt.

Leipzig wurde solchermaßen Zentrale, obwohl es nicht der Hauptpunkt der Opposition ist. Berlin genießt indes die Ehre, bei dieser G. m. b. H. mehr als stiller Teilhaber zu figurieren. Daß ein Beschluß irgendeiner als legitimiert anzusehenden Versammlung dies und anders zuzweck gebracht hätte, ist in unserm demokratischen Zeitalter von Verächtern der „formalen Demokratie“, aber lehrigen Anhängern der „wahren Demokratie“ — wie sie sie auflassen — nicht zu erwarten. Man bekriecht im kleinen (bei Ich), wie man im großen (in den Verbandsversammlungen) zu terrorisieren trachtet, wenn es nicht an den notwendigen Objekten dazu fehlt. Das ist nun mit Ausnahme von Leipzig ein Versuch am untauglichen Objekt geblieben, wenn in Berlin, Halle und Plauen vorübergehend auch einmal „Oppo“ Trumpf in einer Versammlung zu werden vermochte. Die Leipziger Opposition ist aber nicht einmal ein Ding an sich. Wenn sich erst die demokratischen Sicherungen, die man eigentlich schon hat oder die bei einer Mitgliedschaft von 5772 unbedingt notwendig sind, praktisch durchgesetzt haben, dürfte sich eine Umstellung von klärender Wirkung vollziehen; selbstverständlich nicht zugunsten des Flügels in Leipzig, der nur stark ist, wenn er auch den letzten Mann beieinander hat. Wenn viele Kollegen einzeln in eine vernünftige Zwiesprache genommen werden, dann winden und drehen sie sich wie die Male im Rebe. Daraus schließt, daß so mancher im Erleblande der Opposition nicht fest Fuß zu lassen, daß er nur in der Masse zu stehen vermag, der oft oder meistens ja nichts anderes imponiert als die Masse selbst.

Das mit seiner Mitgliedszahl doppelt so starke, mit seiner Opposition auch in relativer Beziehung größere, mit den geistigen Qualitäten und der politischen Arbeitsfähigkeit in seiner Opposition (siehe Anträge an die letztmalige Berliner Generalversammlung für die Verbandstagung in Leipzig) ebenfalls gut vorantretende Berlin hat sich mit der zweiten Stelle begnügt. Leipzig also in der Opposition voran! So war es in früheren Jahrzehnten, so ist es in der für den Verband schlimmsten Oppositionsperiode von 1896 bis 1902 gewesen, so ging es sonst noch gewerkschaftlich, und politisch erst recht. Aber was danach vielerlei schon der Tradition wegen Bewahrung verbleibt, ist in erheblichem Maße sehgeschlagen. Leipzig hat die Erwartungen der Buchdruckeropposition lange nicht erfüllt, und wird sie auch ferner nicht erfüllen. In dem Serenkefel Leipzig drohelt es politisch untereinander mächtig, und wenn die „Leipziger Politik“ bereits seit langem in schlechtem Rufe steht, so ist die Zusammenkuppelung jetzt von einer ganzen Anzahl politischer Extremes, die einander zu verschlingen drohen, einer Konsolidierung der „Buchdruckeropposition“, die in erster Linie politischen Wohltaten und Direktiven zu folgen hat, nur abträglich. Dazu trägt auch wesentlich des Kollegen Böttcher Stellung auf dem linken Flügel der Unabhängigen, seine offen bekundete Ideen-gemeinschaft und Solidarität mit Dr. Geper, bei. Die heutige Buchdruckeropposition kann trotz der sehr günstigen Zeitumstände größter Volksgnugensfreiheit gar nicht den

einheitlichen Zuschnitt wieder erhalten, den die in erster Linie von gewerkschaftlichem Charakter gewesene Tarifgemeinschaftsopposition gehabt hat. Es ist unmöglich, drei unabhängigen und wohl noch mehr kommunikativen Strömen zugleich zu dienen und nach deren sich häufig recht widersprechenden Befehlen die Revolutionierung der Gewerkschaften betreiben. Das würde ein netter Richtungsudelstopp werden! In untrer Organisation muß damit Glaslo gemacht werden, denn die sehr große Mehrheit unserer Kollegen ist kein Instrument für einzelne, die diktatorisch darauf herumtrömmeln möchten. Die Willfährigkeit der Masse anderswo ermangelt Gott sei Dank den Buchdruckern, die nicht vor jeder Pöhrle und vor jeder Schlagwortpolitik einen Bauchrutsch machen.

Leipzig besitzt in unsern Reihen aus den Zeiten der Buchdruckeropposition, der „Buchdruckerwacht“ und des Volkszeitungsstreiks kein günstiges Renommee. Das ist nicht der Mehrheit der Kollegen zur Last zu legen, sondern dem Aberradikalismus, der allzeit in guter Pflanze bei der „Leipziger Volkszeitung“ stand, die aber nun, nachdem sie im eignen Bau noch überkrumpft werden sollte, dem Rutsch zum Kommunismus, Spindikalismus usw. ein Salt gebieten möchte, und speziell in ihrer Haltung zu dem auch durch den eignen Anhang in den Gewerkschaften inzentrierten Drunter und Drüber korrekt zu nennen ist. So ändern sich die Zeiten! Die Buchdruckeropposition konnte deshalb gar keinen größeren Geniestreich begehren, als Leipzig zur Zentrale zu machen und ihr Organ dort erscheinen bzw. drucken zu lassen, wo die „Buchdruckerwacht“ bereits eine Heimstätte erwarben hatte.

Daß diese einem ganz anders imponieren kann, wird so recht sinnfällig, wenn man jetzt beide Sonderorgane vergleichend durchgeht. Damals auch maßlos, jedoch immer in die Sache eindringend und im übrigen geradlinig — jetzt meistens Freigebigkeit mit entsehten Begriffen, Schlag- und Schimpfworten, im allgemeinen aber ein Getue, als ob ein Kater mit einem Duzend allerlei von Klein- und Niederkommenen will. Hat der „Korr.“ sich feinerzeit mit der „Buchdruckerwacht“ schwer herumgeschlagen und ist dadurch mit die Niederhaltung der Sonderorganisation Buchdruckeropposition erreicht worden, so haben wir diesmal von vornherein darauf verzichtet und die „große Sache“, der selbst Paul Böttcher soeben im „Arbeiter-Rat“, aus ökonomischen Ursachen heraus keine verheißungsvolle Karte legt („ungeheure Schwierigkeiten“) sich selbst entwickeln lassen. Im striktesten Gegenlage zu den Behauptungen von den Leipziger Oberopposition hat der „Korr.“ eine bis an die äußerste Grenze der Verantwortlichkeit gehende Zurückhaltung beobachtet; in jenen Auslassungen darf man eben den Unterton nicht überhören, daß wir uns zu wenig mit dieser vielfachen Kreuzung befaßt haben, um damit Reklame für sich machen zu können. Wenn in den letzten Nummern und jetzt eine Ausnahme von der Regel stattfindet, so geschieht das auch noch nicht gründlich. Es erfolgt in der Hauptsache nur in Hinblick auf unsre Generalversammlung, zu der die Opposition sich lebhaft rüstet, wengleich manchmal, wie in Dresden, mit geradezu pudelnährlichen Anträgen. Die Delegierten müssen wenigstens etwas Gelegenheit erhalten, sich informieren zu können, weil sie in Leipzig vor mancherlei Entscheidungen gestellt werden. Auch darüber wird Klarheit zu schaffen sein, ob es jetzt zulässig sein darf, eine Opposition parteipolitischer Herkunft mit einem Sonderorgan in dem Verband als Gewerkschaft weller werden und wüthen zu lassen, die von dieser Methode sich eben mehr verpflichtet als auf dem Wege der offenen Sonderorganisation, während 1896/97 die Tarifgemeinschaftsopposition wegen einer gewerkschaftlichen Prinzipien- und Streiffrage wohl oder übel den Behennermut zur Sonderorganisation zeigen mußte. Das ist eine Frage von ganz wesentlicher Bedeutung, an die auch vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit heranzutreten ist. Wir haben nicht die Absicht und empfinden auch keinerlei Reigung, uns nach dieser Befassung mit der Buchdruckeropposition und nach einer Verflümmung des Rätezaubers (revolutionärer Graphischer Industrieverband) in einem späteren, aber bald nachfol-

gendem Akte dieses Thema fortzusetzen. Es soll hiermit nicht den Kollegen wehe getan werden, die politisch links stehen — nein, die persönliche Freiheit in Politik und Religion bleibt im Verbandsverbürgt. Es soll nur der organisierte Versuch angebeckt werden zu einer Minderheitsdiktatur in der Verbandsopposition aus parteipolitischen Motiven heraus. Dabei müssen notwendigerweise die Brüche und Mittel gekennzeichnet werden, die dabei in Anwendung kommen. Wenn das manchmal nicht anders geschehen kann als unter Verabredung einer scharfen Medizin, so darf nicht übersehen werden, welche „geißigen Waffen“ und „kollegialen Sitten“ auf der andern Seite ständig üblich sind. Niemand von den Kollegen, die einen radikaleren Standpunkt vertreten, aber gute Verbandsmitglieder dabei sind, und manches, was in den Verhandlungen jetzt vorgeht, auch mit sorgendem Auge betrachten, braucht diesen oder jenen Winkelhaken mit Bauerischer Fraktur auf sich beziehen.

Die Leipziger Opposition hat am 15. Dezember in einer Sonderversammlung, für die zum ersten Male das Aushängeschild „U.S.P. — K.P.D. — Buchdrucker“ fortgelassen wurde, richtunggebend sein wollen. Waren es früher nur Besprechungen, so hatte man diesmal eine regelrechte Tagesordnung. Diese muß so groß gewesen sein, daß man in der auffallenden Anzeige nur den dreigeteilten Vortrag des Kollegen Böttcher daraus hervorhob. Dreiteilig war auch die danach einstimmig angenommene Resolution. Ihr erster Teil ist der gefolgt:

Die am 15. Dezember im „Pantagon“ verammelten Mitglieder des A. d. D. B. erheben schärfsten Einspruch gegen die unklare und tendenziöse Berichterstattung des „Korr.“, der trotz des angeblichen dauernden Raum-mangels in langen Ausführungen eine wüste Hebe gegen die Opposition zur Ausführung brachte. Die Verammelten haben für die Haltung des „Korr.“ während der Kriegsjahre nur Verachtung, jene feste Verachtung, wie sie knechtliche Gesinnung, bizanznische Spießbücherei und alldeutscher Eroberungswahnin verdienen.

Das aparte Getusch im ersten Satze hat Ähnlichkeit mit dem in der Notiz „Was der „Korr.“ alles verbrochen haben soll“ (Nr. 13) perflühten. Was es befaßt will, haben wir schon vorausgehend als ungeschickte Maché über sehgegangene Reklamehoffnungen gekennzeichnet. Der zweite Satz läßt keinen uns unbekanntem Urheber als mehchuge erscheinen. Solcher Wüßlingen kann nur einem kranken Gehirn entspringen. Aber diejenigen, die dem gar noch zustimmen, haben wir uns mit einem Rest von Frömmigkeit bekrugigt: Herr, vergib ihnen, denn vpu denen weih keiner, was er damit tut! Bieleicht ist mancher darunter gewesen, der den „Korr.“ aus dem Felde das gerade Gegenteil bezugt hat. Wir besitzen eine große Sammlung von Auerkennungen aus der Kriegszeit, deren Ehrlichkeit für uns zweifellos ist als solche übergeschnappte, aktronizierte Verachtungsdonnerer. Der Effekt damit muß wieder böse daneben gegangen sein, denn wir haben selbdem recht lebenswürdige Zufchriften oder gemeindliche Mitteilungen von Kollegen erhalten, die bei der Opposition nicht gerade den Schwanz bilden, auch Artikel aus Leipzig und Berlin von gleicher Richtung. Selbst der Leiter jener Versammlung, Kollege Wolf Baufeld (Leipzig), ließ sich durch das blöde Verdammsurteil über den „Korr.“ den Geldmacht an ihm nicht verderben. Er kam bald darauf mit einem Artikel (Nr. 7), der nicht etwa nur sachtechnische Tendenz hatte, den wir sogar mit besonderer Genugtuung aufnahmen; wie wir mit ganz wengigen Ausnahmen, zu denen offenkundige Unfachlichkeiten zwangen, oppositionell abgetempelte Kollegen nach ihrem Bedürfnis in „Korr.“ zu Worte kommen ließen. Die Leipziger Zentrale vermochte also mit diesem Hauptwurfe auch nicht richtunggebend zu sein.

Eine Wirkung haben wir allerdings verspürt: In der Gaumitgliederversammlung am 17. Dezember war der Empfang für Krabl noch „herzlicher“ als sonst; er konnte erst mitulänglich nicht sprechen und mußte auch Zurückvernehmen, die abfolgt nicht als Reflex der in Nr. 8 von uns so hochgeschätzten Tätigkeit der Bildungsgemeinschaft in der Leipziger Kollegenchaft angesehen werden konnte

und ebensowenig für die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit als förderlich zu betrachten sind. Als er dann — von der Tarifanschubfung und Gewerkschaftskonferenz ausgehend — nicht gerade kandidierte Früchte verarbeitete, waren auch die Resolutionen gläubiger vom 15. Dezember 1911 und zum Schluß vom 16. Dezember 1911; mag das auch von der andern Seite des Hauses schlichter gesehen sein. Jedenfalls ist in Versammlungen anderswo die Absicht so, daß man von einem Redner erst einmal hören will, was er sagt, um ihn dann eventuell hochzunehmen. In Leipzig ist das gerade Redaktionsmitgliedern gegenüber umgekehrt. Bogli liegt gewiß nicht darin, wohl aber ein kollegiales Anstandsgefühl, von dem sich nur die unglücklichsten Rückschlüsse auf den Gewerkschaftswachstum ergeben.

Die Gaunergliederungsversammlung am 17. Dezember mit der Berichterstattung über die Tarifanschubfung — die Ablehnung des Referats über die Gewerkschaftskonferenz erzwang die Opposition kurzfristig eine — zu nachlässig andererseits ohne viel Umstände — gab dann dem „allmächtigen und allweisen Konzilium“ der Oberopponenten die jedenfalls schon lange ersehnte Gelegenheit, ein großes Ding zu bauen. Im Resolutionsfabrikieren von konkurrenzloser Qualität, hatte man wieder eine „ganz riesige“ hingelegt (Nr. 149 v. J.). Es war amüßant, wie der sonstigen als Sprechminister fungierende zweite Vorstehende Kesselbarth auch mit dem Argument von der Annahme dieser in ihrem Zielpunkt ja doch nur eine leere Demonstration bleibenden Entschloßung abriet, daß er insofern wäre, schon eine komplette Ausstellung von Leipziger Resolutionen seit Jahresfrist zu veranstalten, die weiter keinen Zweck gehabt hätten, als in den Versammlungen zu erregten Szenen zu führen, sonst aber nur das Papier zu zieren. Sie fand trotzdem Annahme, und das Bezeichnende war, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil von Versammlungsbesuchern, die bestimmt nicht den oppositionellen Standpunkt vertreten, nicht einmal dagegen zu stimmen wagte. Diese unglaubliche Passivität ist das kleinste aller derzeitigen Übel in Leipzig! Berlin bietet in Gegenüberstellung einfach ein Vorbild von Aktivität. Wie man schon im September lehrhaftig auf das zukommende Echo aus Deutschland zur Leipziger Ablehnung der Tarifgemeinschaft gewartet hatte, so sollte diesmal die Sache wirkungsvoller angefaßt werden. Man war ja gerade bei der Leipziger Kollegenschaft kollektieren gegangen und konnte unter Anwendung von zugehörigen Tricks ein gutes Geschäft verschaffen; vielleicht kehrte die Orthodoxen auch regelmäßig ihren Agitationschilling. Also ging der in Nr. 13 vorerwähnte, die „Korr.“-Redaktion einfach vernunftlosig lösende Korrektor H. Meyer, der den arbeitslosen geistigen Haushalt der Opposition, genannt „Graphischer Block“, verließ und in diesem kürzlich ausgeht ein Mitarbeiter, tatsächlich aber einen Berliner Kollegen von der „allgemein immerhin in gutem gewerkschaftlich-journalistischen Aule liegenden „Korrespondenz-Redaktion“ zu schreiben gewähren lassen mußte, ganz schnell ans Werk mit einem Wahlzettelverband. Die Leipziger Resolution vom 17. Dezember wurde den Mitgliedern draußen zu gefälligem Apportieren übermiltelt; es sollte „möglichst einheitliches Handeln“ auf der ganzen Linie erstet werden. Meyer und damit die Leipziger Opposition ist glatt abgefallen! Tagesordnungsübergang, nette Zuschriften an die Redaktion, auch direkte Abschüttelungen (vgl. die betreffenden Versammlungsberichte), insofern möglich die „richtungsweisende“ große Aktion der Leipziger Oppositionszentrale. Man sagte sich mit Recht, ohne den trefflichen Meyer nur zu kennen: „Was kann von Leipzig Gutes kommen?“ Ein Funktionär — vielleicht haben auch noch andre dazu Zeit gehabt — schrieb dem Meyer ins Stammbuch, daß an seinem Orte die größte Zahl der Kollegen

Ihre Anfraktionen durchaus nicht bedürfen, da wir noch klaren Kopfes genug sind, um uns selbständig über alle Vorgänge in Verbands- und Tarifwesen ein Urteil zu bilden. Ihr Ziel läuft, ich habe das Empfinden wenigstens, ganz klar ersichtlich auf eine Sprengung des Verbandes und der Tarifgemeinschaft hinaus. Daß das nicht im Interesse der gesamten Kollegenschaft gelegen ist, steht außer allem Zweifel. Verzeihen Sie uns in Zukunft mit Ihren Zulenkungen, wir erfahren alles noch rechtzeitig genug aus dem „Korr.“. Für uns ist für Leipziger Buchdruckerangelegenheiten einzig und allein die dortige Gestaltung maßgebend. . . .

Dieses Schreiben nennt die Dinge ungeschminkt beim Namen. Mit seiner Ablehnung von allem Hinterterrain ist es auch auf dem richtigen Wege. Der Leipziger Gewerkschaftsverband besitzt keine Stimmungsstärke draußen durch Wahlzettel. Man weiß deshalb alles, was nicht mit ganz zweifelsfreier Deklaration aus Leipzig kommt, einfach ab! In Sachen der Zeitungserbände hatte es gerade die Leipziger Opposition auf einen Machtkampf abgesehen. Von hier aus sollte ein Ruf wie Donnerhall ergehen. Sie mußte aber erleben, daß draußen wie drinnen die Stimmen der eigenen Parteihäupter auf diesem Gebiete den Ausschlag geben und jetzt in der Berliner Generalversammlung nochmals durchschlagend gewesen sind. Die in Berlin auch beim Verbandsvorstande gewesene Leipziger Deputation hat ja noch Gelegenheit, einem größeren Leip-

ziger Kollegenkreis ein genaueres Bild zu geben von ihren Verhandlungen und von der auch ihrerseits dort eingenommenen verständigen Haltung.

Als Zentrale hat Leipzig entschieden Pech. Wirklich ist die Leipziger Opposition durch das Zusammenwirken von Saalkölnern, ungeliebten Veranlassungsmethoden, Fanatismus und Terrorismus bei der Minderheit, Unbilligkeit bei der Mehrheit nicht ohne Erfolg in den Versammlungen geblieben. Daß sie im kollegialen Leben Leipzigs nicht die Oberhand hat, zeigt ein sprechender Vorgang. Zur Kostung des Böttchererhofs Käsegaubers in einer besonderen Versammlung hatten auf nicht immer geradem Wege rund 1100 Kollegen ihre Unterschrift gegeben. Zwecks Überweisung der dann „Siegersch.“ (zu drei Fünfteln) in der Novemberversammlung durchgegangenen sogenannten Böttchererhofs Resolution zur Urabstimmung konnte später ein sich aus der Mehrheit gebildeter Aktionsausschuß über rund 2800 Stimmen sammeln. Wenn man weiß, daß die Leipziger Opposition eine förmlich krankhafte Scheu vor der im Gaußtat schon sehr lange Zeit beständigen und sogar von den Leipziger Unabhängigen in großen Richtungsfragen gehandhabten Urabstimmung hegt — also vor dem wahren Mehrheitsakt —, so können ja Oppositionelle nur ganz müßig unter den 2800 vertreten sein. Es ist auch allgemeine Zufassung in Leipzig, daß bei methodischer Durchführung der Urabstimmung sowie Einführung von Bezirks- oder Parallelversammlungen, womit bei fast 6000 Mitgliedern überhaupt erst ein allgemeines Versammlungsleben und damit jedem das Recht zur Meinungsvertretung gewährleistet werden kann — siehe das gute Funktionieren der Bezirksversammlungen in Berlin —, der ganze Oppositionsgeist schnell verfliegen würde. Das Leipziger Mittelbrot hat es tatsächlich in der Hand, der weiteren Zerlegung durch Versammlungsarbeiten nach jeglicher Art, die doch nur einen kleineren Teil der Gesamtheit repräsentieren, durch Einführung längst fälliger Reformen entgegenzuwirken, wobei natürlich die bisherige Passivität energisch abgeleitet werden muß. Man weiß ja nicht einmal das bestehende Gaußtat richtig auszunutzen, während die andre Seite jede Eventualität wie auch jede Lücke für sich auszunutzen verheißt.

Im Laufe des vorigen Jahres, beginnend schon im März, ist aus der Feder einer ganzen Anzahl von Leipziger Kollegen, darunter mehreren, die unabhängig gefinnt, aber doch nicht zulaufbereit zur Opposition sind, in beschwörenden Warnungen wie in drängenden Mahnungen über die Entwicklung in Leipziger Versammlungsleben geschrieben worden. Es hat nichts geküßt, man überließ den andern zu mühsel das Feld. Wenn wir zurückdenken, wer im vergangenen Jahr außer der Opposition auf der einen Seite, den beiden Vorstehenden, dem Beilensverreiter sowie den „Korr.“-Redakteuren in der Mitte, und der Mehrheit auf der andern Seite in den Leipziger Versammlungen gesprochen hat, dann entsetzt ein ganz beschämendes Gefühl zu Lasten der Mehrheit. Aber es dürfte nun doch anders kommen, und weil wir diesem Gelunzungsprozeß, der sich vielleicht wie bei einem Fieber kritisch vollziehen kann, nicht hinderlich sein wollen, indem man schon durch sein hohes Erscheinen schuldlos Veranlassung gibt, die parlamentarischen Sitten zu labilieren und die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit zu korrumpieren, so möge es zeitweilig ohne unsre Mitarbeit in den Leipziger Versammlungen gehen. Man hat ja doch dem großen Ganzen Übergang zu dienen. Daß die Menerleche Gemeinheit am 21. Januar (siehe Nr. 13) widerspruchlos von dem andersgefinnten Teile hingenommen wurde, und daß in dieser Versammlung der wackere Kollege Binkenhein, der in den allbeutlichen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Drohh, Stroh und den „Hollschweissenmob“ mit einer schauerlichen Zetmerel in die Wanne warf, in der Versammlung am 17. Dezember aber erklärte, es ekle ihn, vor Buchdruckern zu sprechen, da er das sonst nur vor „aktiven Arbeitern“ zu tun pflege, schon wieder oben auf sein konnte, das ist denn doch zu viel.

Wenn jetzt der langjährige Vorstehende des Maschinenmeistervereins, Kollege Rodmann, von seinem Posten zurückgetreten ist, worfür die eigentlichen Gründe die Spaten von den Dächern pfeifen, und wann jedermann weiß, mit welchen „wütigen Begehren und gemeinen Denunziationen“, um im Wapenlosen guten Versuch zu reden, auf den Sturz des auch schon lange Zeit amtierenden Kollegen Kesselbarth hingearbeitet wird, über welchen „Weg zur Macht“ man sogar im Metallarbeiterverbande schon hinaus ist, dann muß es selbsttätig bei der Leipziger Mehrheit zum Aufrufen kommen und damit zur Klärung der Atmosphäre; hofentlich auch zu einem Säuberungsbedürfnisse bei der Opposition. Wir wollen, wie schon bemerkt, diesen Prozeß nicht hören, sondern um der Sache willen lieber in absentia als Mitbeteiligter noch dabei bleiben. Aus diesem Grunde lassen wir auch andre „markante“ Vorgänge mit ihren Hauptakteuren unberührt. Die Leipziger Opposition wird sich in Zukunft mit ihrer wahren Bedeutung zu behaupten haben.

Einen Anschauungsunterricht zum Unternen werden wir für die gesamte Opposition im nächsten Kapitel geben.

Weiteres zu den Zeitungserbänden

III.

Ende voriger Woche sind in Berlin die „Freiheit“ und die „Rosa Fabne“, also die Zentralorgane der Unabhängigen und Kommunisten, wieder freigegeben worden. Es wurde allerdings daran eine scharfe Verwarnung geknüpft für künftigen journalistischen Ausschreitungen. Die von Dresden aus verbotene „Leipziger Volkszeitung“ wird inzwischen auch wieder frei sein; durch den Umweg über Dresden war bei Abschluß dieser Nummer noch nichts Bestimmtes zu erfahren.

Neue Verbote sind ergangen gegen die „Kessliche Arbeiterzeitung“, die „Nordhäuser Volkszeitung“ und die „Bremer Arbeiterzeitung“; in dem ersten Fall auf eine Woche, im zweiten auf vierzehn und im dritten auf fünf Tage. Da Bekräftigung und Nachprüfung laut Erklärung der Regierung als Sicherung eingeführt werden sollen, so wird die nachprüfende Stelle auf die langwährenden Verbote ihre größere Aufmerksamkeit zu lenken haben.

Aus der „Buchbinderzeitung“ vom 8. Februar erfahren wir, daß neben untrer Organisation (Verbandsvorstand, Berliner Gewerkschaft, Berliner und Leipziger Mitglieberschaft, durch Deputationen sowie die bekannten Proteste) die Zeitung des Metallarbeiterverbandes, dem Tarifamt sowie den Berliner Zeitungserbändereigenen auch der Vorstand des Buchbinderverbandes eine Eingabe an die Reichsregierung eingereicht und darin auf die Schädigung einer nicht unerheblichen Anzahl von Buchbindern und Buchbinderarbeitern durch die Zeitungserbände verwiesen hat.

□ □ Zur Tarifanschubfung □ □

Stellende Öhne

Mitte Dezember eine verschleppte berufliche Lohnaufbesserung von ungefähr 25 Proz., Anfang Januar eine gezielte Neuregelung des Brot- und Kartoffelpreises, etwa 60 Proz. Erhöhung für diese beiden Nahrungsmittel ausmachend. Diese Gegenüberstellung zweier Tatsachen beweist den ganzen Sommer untrer heutigen Zustände.

Jede Lohnerhöhung ist um ein Vielfaches schon überholt, wenn sie in Kraft tritt; das geht nicht nur uns Buchdruckern ja. Und wenn man auch davon überzeugt ist, daß Papiergeldmittel uns nicht helfen können aus dem nahezu an Bankrott grenzenden Umständen des heutigen Monats, soviel muß man doch davon besitzen, um sich außer den Marktarbeitern noch andres zu kaufen, was notwendig ist. Denn außer Notwendigem kann sich der Arbeiter heute nichts leisten. Eine längere Bindung durch Tarifverträge ist deshalb heute nicht möglich — die Tatsachen der Gegenwart heißen etwas andres.

Solange das unaufhörliche Sinken des Geldwertes besteht, muß sich auch jeder Vertrag dem anpassen. Sonst wird und muß er zerbrechen, weil aus Wohlstand Plage wird. Darum ist untreils das System der stellenden Öhne sobald wie möglich in den Tarifvertrag hineinzuarbeiten. Die Feststellung eines Grundzustandes von 100 wird vorgenommen und jede Steigerung des Lebensbedarfs von 10 Proz. sehr sich automatisch in eine zehnprozentige Lohnerhöhung um. Eine ähnliche Kommission — am besten das Tarifamt —, der das gesamte statistische Material der amtlichen Stellen wohl zugänglich sein wird, befaße sich mit dieser Arbeit. Dann fällt das kleinliche Geschwätz aller drei Monate hinweg und das untreuliche Schauspiel der Begleitumstände auch.

Wir werden dann in einem Jahre vielleicht das Mehrfache des heutigen Lohnes erhalten müssen und können uns auch nichts leisten dafür als das Unvermeidliche, aber wir haben dann wenigstens das getan, was kommen muß; uns der heutigen Geldentwertung besser angepaßt.

Leipzig.

Paul Lehmann.

Die tariflichen Lohnsätze für Ledige

Bekanntlich macht untrer Karl bei der Festlegung des Öhne (Zuerungszulage und Minimum) noch einen Unterschied zwischen Ledigen und Verheirateten. Aus prinzipiellen sowohl wie Billigkeitsgründen ist es erforderlich, daß der Tarifausschuß bei seinen nächsten Beratungen diesen Unterschied aufhebt, denn für die Entlohnung sollen nicht Familienverhältnisse, sondern persönliche Leistungen maßgebend sein. Die Kosten für die Lebenshaltung eines Ledigen sind infolge der hohen Preise für Zimmer, Pension usw. heute sicher nicht niedriger als bei einem Verheirateten ohne Kinder, ferner sind unverheiratete Kollegen, die Familienangehörige unterstützen, benachteiligt, da ihnen der Lohnsatz für Verheiratete nicht zuzurechnen ist. Man muß sich also überlegen, ob es nicht besser wäre, die tariflichen Öhne nach Rücksprache mit der Geschäftsführung der Lohnsätze für Verheiratete zu zahlen wäre, so würde dies zu vielen Beteiligungen Anlaß geben, abgesehen davon, daß es viele abgeben würden, ihre Familienverhältnisse jedem zu offenbaren. Eine höhere Entlohnung wäre höchstens bei Verheirateten mit Kindern, und zwar verheirateten je nach Anzahl der Kinder, gerechtfertigt; jedoch ist hierbei zu erwägen, ob dieses im Interesse der Kollegen mit Kindern selbst liegt und bei Entlohnungen nicht etwa eine Bevorzugung der Kinderlosen nach sich ziehen würde.

Der Unterschied zwischen Ledigen und Verheirateten muß auch schon deshalb aufgehoben werden, weil die neue Reichseinkommensteuer eine wesentliche höhere Besteuerung der Unverheirateten vorstellt. Es ist dies bei

allein richtige Weg, wie überhaupt grundsätzlich daran festgehalten werden muß, daß es Sache des Staates ist, kinderreiche Familien durch Steuerprivilegien usw. zu schützen.

Es wäre wünschenswert, wenn von recht vielen Kollegen die Befähigung des Lohnunterschiedes zwischen ledigen und Verheirateten beim Tarifausfluß beantragt werden würde. Zufällig lese ich in Nr. 12 des „Korr.“, daß die Kollegen in Glatz-Vollbringen diesen Unterschied auch beiläufig haben.

Königsberg (Dr.). P. N.

Anmerkung der Redaktion: Unklare Ausdrücke ist bei vielen Deklamationsreden eine Wahrnehmung, die manchmal im weitesten Maß verwirren kann. Dem Verfasser ist zu sagen, daß unser Tarif keinen Unterschied zwischen Verheirateten und ledigen bei der Bezahlung kennt, es sei dies aber bei den Steuerungsanlagen bis zum 1. August 1915 zu, wie es jetzt noch an Beispielen gleicher Art anderswo nicht fehlt. Seltener sind die einseitigen bei den Buchdruckern. Kollege P. N. will die von vornehm noch bestehenden Unterschiede bei den Steuerungsanlagen aufgehoben wissen. Das ist der Sinn seines Artikels.

□ □ Zur Generalversammlung □ □

Geist!

Der geneigte Leser soll schon durch die Überschrift darauf hingewiesen werden, daß es sich im nachfolgenden, in der Vorbereitung der „Masse“, nicht um „Kakophonien“ handelt, sondern um einen Kampf der Geister, losgerissen von aller Grundsicherung, und es wird sich, wie ich mit Gewißheit annehme, auch auf der Leipziger Generalversammlung um einen solchen handeln. Der Geist ist es, der den Körper formt.

Die Anträge zur Generalversammlung dürfen nicht aus dem Augenblicke geboren sein, sondern sie müssen durchdrungen sein von dem Verantwortlichkeitsgefühl jedes einzelnen Kollegen, und aus diesem heraus muß sich zu klarem Willkür die Masse mit den Führern vereinigen. Die Generalversammlung wird ihre Stimme vereinigen in dem Maße, daß — um nur einiges vordringlichst auszusprechen — der Verbandsvorstand beauftragt wird, den Gewerkschaftsbund aufzulösen, daß er seinen in ihm konzentrierten Einfluß bei den gelebenden Körperlichkeiten dahin geltend macht, daß verschiedene vordringlich gewerkschaftliche Forderungen, auch auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, kneller in Angriff genommen werden. Die Frage, ob die Lehrlinge als besondere Abteilung unter dem Verband angegliedert werden sollen oder nicht, muß einer Prüfung ausgesetzt werden. Auch hier heißt das Wort Schillers Goldwährung: „Der Geist ist es, der den Körper formt“.

Bessere und vermehrte Agitation sowie intensivere Bearbeitung der Lohn-, Arbeits- und Lebensmittelfrage muß die „Masse“ verlangen. Deshalb muß die Vermehrung resp. Neugestaltung des Verbandsvorstandes von zwei auf drei Vorstände und Anstellung einiger Sekretäre vorgenommen werden. Jeder halbwegs gewerkschaftlich durchgebildete Kollege wird bei dieser Vorbereitung nicht Passives finden; die große Masse der Kollegen steht auf dem Stande der gewerkschaftlichen Durchbildung vor 1914. Der Verbandsvorstand und der „Korr.“ sind an dem Abel nicht schuld; ersterer, weil die amtierenden Kollegen mit anderen Arbeits-, Delegations usw., übermenschlich beschäftigt sind, letzterer hat, wie in Nr. 8 des „Korr.“ richtig ausgeführt ist, Vorhildliches geleistet. Die Generalversammlung wird auch das Richtige treffen, damit die Organisation unserer Kollegen zu richtigen Gewerkschaftsleuten besser als selber stattfinden. Ein Wort August Bebel's mag die Wichtigkeit dieser Forderung beleuchten: „... Die Voraussetzung zum Siege der Arbeiterbewegung ist nicht die Zahl der Käfte, sondern die Zahl der starken Köpfe und der starken Willen“.

„Kakophonien“ sind es nicht, wenn die „Masse“ die Forderung erhebt, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit auf den künftigen Generalversammlungen nicht mehr als Delegierte, sondern mit dem gesamten Hauptvorstand als Vertreter der Verbände und der Tarifpolitik erscheinen. Der § 34 Abs. 1 unseres Verbandsstatuts sollte deshalb folgende Fassung erhalten: „... die Genehmigung der Tätigkeit des Verbandsvorstandes und der Gewerkschaftskongressen seit der letzten Generalversammlung.“

Auch die Forderung, in ganz besonders wichtigen Fragen eine Urabstimmung vorzunehmen, sowie die Erleichterung, außerordentliche Generalversammlungen (als es durch den Verbandsvorstand oder durch die „Masse“) einzuberufen, muß auf der Generalversammlung Gegenstand der Aussprache sein. Diese neue, demokratische Forderung darf aber nicht an Kleinmännern sich hängen, denn sonst brauchen wir keine Führer mehr, denn letzten Endes sind es doch immer wieder die Führer, die den Geist der Organisation bilden. Sie müssen deshalb auch von dem Vertrauen aller Verbandsangehörigen getragen sein, und dies schärft wieder in erhöhtem Maße ihr Verantwortlichkeitsgefühl. Bei diesen Forderungen: Urabstimmung und außerordentliche Generalversammlungen, kommt es in ganz besonderer Weise auf den Geist, der den Körper formt, an.

Dies in Kürze die Forderung der „Masse“. Der geistig durchgebildete Gewerkschaftler wird die Wechselwirkung der einzelnen Forderungen zueinander eher erkennen als der Uninteressante, denkaufte Arbeiter, denn letzterer wird das Alle nur niederreiben, ohne an seine Stelle das Neue und Bessere zu stellen. Der Geist aber ist es, der den Körper formt.

Mürnberg. Wilhelm Klob.

Neuzugang!

Die Ankünfte des Kollegen Böhnd (Berlin) über die Regelung in der Beziehung des Verbandsvorstandes und der Lokalkomitees sind sehr beachtlich. Nur das eine ist

nach meiner Ansicht nicht berücksichtigt worden: die daraus erfließende Überlastung der Obleute der Spartenzentralen, was auch auf Fortschreiten größerer Spartenvereine zurechnen wird. Vor nicht so langer Zeit hat eine Vorstandskonferenz der Maschinenmeistervereine des Altlandsjüdischen Leipzig festgestellt, in deren Verlauf von dem Vertreter der Zentralkommission auf die Überbürdung des Obmanns hingewiesen und dessen Anstellung empfohlen wurde.

Durch längere Mitarbeit in der Sparte als auch in der Gausleitung bin ich sehr davon überzeugt, daß Zentralvorstände der Sparten und Vorstände größerer Spartenvereine ihre volle Arbeitskraft einleiten müssen, um ihren Aufgaben in der Sparte gerecht werden zu können. Deshalb wäre es ein Fehler, wenn Obleute der Spartenzentrale ihre Arbeitskraft teilen müßten mit der Arbeit im Verbandsvorstand. Durch zu große Opfer, die einer Person anverlezt werden, leiden beide Vertretungen, zum Schaden für die Mitglieder.

Die Tätigkeit der Vorstände innerhalb des Verbandsvorstandes, der Gaus und der Bezirksvorstände erfordert Kollegen, die nicht überlastet sind. Der Hinweis, daß nur der Vorstands die Fäden in der Hand hat, ist nicht zureichend, denn der Vorstands ist nur ausführende Person geleiteter Beschlüsse. Den Fortbestand der Zeit würde besser Rechnung getragen werden können, wenn statt der Obleute ein geeigneter Vorstandskollege der Spartenzentrale dem Verbandsvorstand beigegeben würde. Die gleiche Regelung könnte auch bei Gau- und Bezirksvorständen getroffen werden.

Eine andre sehr wichtige Frage bedarf ebenfalls der Klärung zur Generalversammlung: liegt es im Interesse der Organisation, die angestellten Organisationsbeamten im Verbandsvorstand oder in den lokalen Körperlichkeiten auch in Zukunft das Beschlußrecht ausüben zu lassen?

Sunächst darüber Klarheit; Welche Aufgaben haben die dem Verbandsvorstand und den lokalen Körperlichkeiten beigegebenen Vorstände? Die Vorstände haben im Auftrage der Mitglieder deren Interessen im Gewerkschaftsbereich nach jeder Richtung hin zu vertreten. Die angestellten Organisationsbeamten sind die ausführenden Personen der von den Vorständen vorgezeichneten Richtlinien. So sollte es sein!

In der Praxis ist das Bild aber ein ganz anderes. Alle die Kollegen, die schon in Körperlichkeiten mitgearbeitet oder zu Generalversammlungen delegiert waren, werden befristet müssen, daß sehr oft ein ungelinder Zustand eingetreten ist in dem Augenblicke, wo einleitende Fragen zur Behandlung kamen, deren Aufrollen oder deren Durchführung die so viel geprüfene Neutralität oder die Ruhe der Organisation erschüttern könnten; in dem Augenblicke wird meistens der Organisationsbeamten alle Zerbrechlichkeit abgenommen, um die sogenannte bürgerliche Ruhe und Ordnung nicht zu stören. Mancher wird unter dem Organisationsbeamten schon Gemütskollaps verspürt haben, wenn andere Rücksichtlosigkeiten innerer Überzeugung nicht zum Ausdruck kommen ließen.

Menschlich begrifflich ist es, wenn Kollegen, die Jahrzehnte in dem Dienste der Organisation stehen, bei auftauchenden Fragen, deren Durchführung einen ungewissen Ausgang nehmen könnten — in anderen Fällen aber die Organisation in idealer oder materieller Hinsicht vorwärts bringen würden — in ihrer Entscheidung sehr oft beeinflusst werden — ich nehme an, ungewollt — durch auftauchende Grillenrücken. (Der Verfasser erlebt doch schon in seiner allernächsten Nähe seit längerer Zeit das ausgesprochene Gegenteil! Red.)

Die Angestellten sollten deshalb gemäßigteren als Berufssekretäre bei den Beratungen ihre ganze Person mit ihren Erfahrungen einlegen, damit können sie ihrer Pflicht genügt. Das Beschlußrecht aber soll in den Händen derjenigen Kollegen liegen, die im Erwerbsleben selbst stehen. In den Mitgliedern liegt es, Kollegen als Vorstände in die in Frage kommenden Körperlichkeiten zu entsenden, die über ein klares, selbständiges Urteil verfügen. Als Gegenrand wird von Seite der Angestellten wieder mit der Grabelung zu Mitgliedern zweiter Klasse opponiert werden. Kollegen, es ist einmal nicht anders, man kann nicht in einer Person Arbeiter und Arbeitgeber sein. Eine Grenze muß bestehen, und diese ist dort, wo klare Interessenvertretung mit Selbstständigkeit kollidiert.

Zwei Beispiele sollen das Unhaltbare des Bestehenden begründlich machen. Im Verbandsvorstand vier Angestellte, sechs Vorstände, in der Leipziger Gausleitung vier Angestellte, sieben Vorstände. Es ist jedem Kollegen verständlich, daß auch unter den Vorständen Kollegen vorhanden sind, die aus Gründen, die ich nicht näher beschreiben will, in jeder Sache den Angestellten beistehen, und somit Beschlüsse zustande kommen, die manchmal außerhalb nicht verkündet werden, auch nicht immer im Interesse der Mitglieder liegen. Diefen Zustände könnte ein Ende bereitet werden, wenn die Organisationsbeamten als Berufssekretäre mit nur beratender Stimme in den maßgebenden Körperlichkeiten tätig wären.

In dieser Hinsicht sollte auch in der Beziehung der Generalversammlung eine Überlegung eintreten. Ganz besonders insofern, als Gewerkschafter nicht wie bisher als Delegierte gelten, sondern zur Vermittlung gerechnet und als solche daran teilnehmen. Die Delegiertenanzahl würde sich erhöhen um die Zahl der angestellten Gewerkschafter aus dem im Besonderen tätigen Mitgliederkreis.

Der Kommanoel des „Korr.“ verleiht längere Ausführungen; ich glaube aber doch, daß meine Anregungen bei vorantellter Zeitigung die Aufmerksamkeit einer Änderung der bisherigen Methode erwecken lassen, im Interesse eines erweiterten Mitbestimmungsrechts der im Berufs tätigen Mitglieder.

Die vom Kollegen Böhnd vorgeschlagene Fassung des § 30 Abs. 1 des Statuts müßte folgende Änderung erfahren: „Der Verbandsvorstand, dessen Angestellte nur beratende Stimme haben, besteht aus dem ersten und zweiten Vorsitzenden, dem Hauptsekretär, dem Kassierer, sechs Beisitzern und je einem Vorstandsmitglied der Spartenkommissionen.“

Leipzig. Stütz.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Leipzig. Am 1. Januar abgehaltene Versammlung war, wie auch alle übrigen Versammlungen im verlassenen Geschäftsjahre, fast vollständig besucht. Alle Kriegsteilnehmer sind nach und nach zurückgekehrt und haben ihre allgewohnte Tätigkeit wieder aufgenommen. Der alte Vorstand wurde durch Jurul wiedergewählt. Die Vertretung mehrerer Kollegen in öffentlichen Ämtern, im Stadiparlament und im Vorstands des Gewerkschaftsrates zeigt das rege Interesse, das in politischer wie auch in gewerkschaftlicher Beziehung bei den hiesigen Kollegen herrscht. Die vom Tarifausfluß selbstgesetzten Steuerungsanlagen wurden von den hiesigen Prinzipalen glatt bewilligt. Unre wirtschaftlichen Verhältnisse wurden durch diese Steuerungsanlagen wohl etwas gebessert, aber ein wirklicher Ausgleich in bezug auf untre Ausgaben wurde hierdurch nicht geschaffen. Eine dementsprechende Entschädigung gelangte einstimmig zur Annahme.

L. Bauen. Die Karabesuche Kaufverammlung vom 10. Januar brachte zunächst den Jahres- und Kassenbericht. Bei der hierauf vorgenommenen Gesamtvorstandswahl gingen als neu bzw. wiedergewählt hervor: Kollege Fische als Vorsitzender, zugleich Kassenbegleiter, und Kollege Bernhardt als Kassierer. Dem Bericht über die Einführung der Steuerungsanlagen konnte man entnehmen, daß diese am Orte glatt verlaufen sind. Die Anlagen führten eine rege Aussprache herbei. Die Versammlung erkannte die schwere von den Gehilfenverlusten gestellte Arbeit bei den Tarifausflußleistungen an, erklärte aber die bewilligte Zulage als zu gering, um einen Ausgleich in den von Tag zu Tag teurer werdenden Lebensverhältnissen zu schaffen. Die letzte Zulage ist schon längst wieder durch die jüngsten Preiserhöhungen auf allen Gebieten der Lebenshaltung überholt. Eine Protestresolution gegen die Verkleinerung des Betriebsrätegesetzes hinsichtlich der Buchdrucker wurde einstimmig angenommen. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten und zur Einigkeit machende Worte unseres neugewählten Vorsitzenden Kollegen Fische beschlossen die zum Teil lebhaft verlaufene Versammlung.

Strasbourg. Am 3. Januar fand untre Generalversammlung statt. Aus dem Berichte des Vorsitzenden war zu ersehen, daß das abgelaufene Jahr ein sehr erfolgreiches war. Der Kassenbericht hatte ein sehr erfreuliches Ergebnis. Nachdem infolge Wahl des bisherigen Vorsitzenden, des Kollegen Jeller, als Landtagsabgeordneter Kollege Strasser die Vorstandsgeschäfte im April v. J. übernommen hatte, wurde dieser auch jetzt wieder zum Vorsitzenden gewählt. Im abgelaufenen Jahre hatten die Kollegen Joseph Westermeyer und Karl Schröder ihr 25jähriges Verbandsjubiläum. Auch der Ortsverein konnte auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Herr Buchdruckereibesitzer Huber (Firma Wittenkofer) spendete auch zum letzten Weihnachtsfeste wieder 200 Mk. für arbeitslose und erkrankte Kollegen, wofür auch an dieser Stelle herzlicher Dank zum Ausdruck gebracht sei. Die tariflichen Verhältnisse sind hier gut und alle Steuerungsanlagen kamen anst andlos zur Einführung.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Eingeletzte Konfessionsleitung im Tarifamt. Die Bekanntmachung an der Spitze voriger Nummer, deren Kern wir schon durch anderweitige Information in vorheriger Nummer vorgegebenen konnten, besagt durch ihre Unklarheiten noch etwas anderes. Herr Rudolf Miltztein hat wieder als Vorsitzender unterzeichnet, ist somit auf den Posten zurückgekehrt, den er in Solidarität mit dem Geheimrat Bürgenlein wegen der im Frühjahr 1910 vorgekommenen lokalen Eigenmächtigkeiten auf karlsruher Gebiete während der Leitigung des Tarifausflußes formell und einige Zeit darauf dann tatsächlich niederlegte. Dr. Goettes wurde sein Nachfolger, und nun ist er wieder der Tarifamt geworden. Das Interrogum des Herrn Ernst Boll ist damit abgeklärt; der Zustand hat in einem Fortschreiten, was das Tarifamt mit wichtigsten temporären oder dauernden Aufgaben beschäftigt gewesen ist (Erledigung aller mit Durchführung der Dezemberbeschlüsse zusammenhängenden Arbeiten, Regelung der Lokalkomitees, Einrichtung der Arbeitsnachweiskommissionen, der Sachkommissionen, der Beiratsordnungskommission usw.) doch wohl zu lange gedauert. Auch Herr Boll ist von seiner Verantwortlichkeit bei der Dezemberberatung (mit haben seinerzeit darüber berichtet) zurückgenommen. Es müßte demnach prinzipalsteig die Fortführung der in einer solchen Zeit doch immer bedeutungsvollen und auch schwieriger werdenden Geschäfte von eingearbeiteten Kräften erfolgen. Die Berliner Prinzipalität hat daher wie an zur Mitarbeit dringenden Persönlichkeiten über das Gegenteil von Über-

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 17 — Leipzig, den 10. Februar 1920

Reaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Der Jahresrückblick des „Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ hat — wie immer — so auch diesmal eine interessante Zusammenfassung über alle wichtigen Vorgänge, an denen die Gewerkschaftler interessiert sind. Das Jahr 1919 nützte in besonderem Maße zu rückschauenden Betrachtungen, denn zum ersten Male hat die deutsche Arbeiterschaft ein schweres Stück Verantwortung auf sich genommen. Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten keine entscheidende sozialdemokratische Mehrheit, so daß die bürgerlichen Parteien bei der Bestellung an der Regierung nicht ausgeschlossen bleiben konnten. Die schwerste Bürde wurde vom unentwegt radikalen Flügel der Arbeiterpartei den Mehrheitssozialisten letzten Sinnes überlassen, um als Außenstehender desto unenterteter kritizieren und agilitieren zu können. Ob das richtig gehandelt war, das wird die nächste Zukunft lehren. Regierende haben es leicht in aufsteigenden Zeiten, aber schwer in den Tagen der Auflösung und Verzweiflung. Die Regierungslast während der Kriegsjahre wog federleicht gegenüber der, die die Regierung des unterlegenen Deutschland auf sich nehmen und dem Volk erträglich machen mußte. Die Lage, in der die Volksregierung die Reichsleitung übernahm, war trostlos. Sie ist seitdem in mancherlei Beziehung klarer und übersichtlicher geworden, aber kaum besser. Die Hauptschuld daran trägt der Gewaltfrieden, den die Regierung schließen mußte, wenn sie die Fortsetzung des Krieges und die feindliche Besetzung und Ausraubung des Landes verhindern wollte. Die Sieger vergaben, daß der Frieden das Recht durch das Recht erlöse. Das Recht bedeutet für sie nur Rache, die Schadloshaltung nur Schädigung des Gegners, selbst um den Preis der Gefährdung des Friedens. So ist Deutschland dahingestreckt, niedergedrückt, unfähig, sich neu zu erheben und seine Zukunft umzugestalten. Und als ob es noch nicht genug wäre all der Not und des Glendes, hat sich auch noch der Dämon der Verzweiflung auf das unglückliche, blutende Land gestürzt, hat es durch Aufruhr, Bürgerkrieg und wilde Streiks gejagt und an den Rand des Abgrundes gejerrt. Nur ganz allmählich werden diese Krämpfe des erschütterten Staatshörpers überwunden, und nur langsam vermag sich das Volk vom tiefen Nervenstadium zu erholen. Die Aufzeichnungen über die große französische Revolution passen auf die heutige Zeit wie die Faust aufs Auge. Bis in die kleinsten Züge bieten sie eine getreue Wiedergabe der Epoche, die wir gegenwärtig durchleben. Terror der Minderheiten, Behämpfung einer vernunftgemäßen Entwicklung, Sunahme der Verbrechen, Spielsucht, Tanzwut, Kosenot, Hungersnot, Zusammenbruch der Geldwährung — alles ist schon dagewesen und überwunden worden durch die nach und nach eingetretene Selbstbesinnung des Volkes, die auch diesmal sicher nicht vergeblich auf sich warten lassen wird. An Einzelnen dafür fehlt es nicht!

Die Wirtschaftslage des verflochtenen Jahres war äußerst widerspruchsvoll, und das wird auch die Signatur des neuen Wirtschaftsjahres sein. Neben dem Transportproblem erhebt sich drohend das Kohlenproblem, obwohl wir riesige Kohlenvorkommen im deutschen Boden haben und die Kohle als eines der wichtigsten Ausfuhr- und Zahlungsmittel betrachten dürfen. Die Valutafrage zeigt uns völlig neue Seiten ihrer rätselhaften Erscheinung. Sie erschwert zwar die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln bis zur Unmöglichkeit wirtschaftlicher Lebensführung, aber sie verleiht der Ausfuhr eine unheimliche Expansionskraft. Wir könnten Millionen von Arbeitskräften voll beschäftigen. Man hat uns auch bereits Rohstoffe zur Verarbeitung für ausländische Besteller angeboten, um Deutschland zum Heimarbeitelände fremder Kapitalisten zu machen. Aber wir bevorzugen die hargen, selbständigen Entwicklungsmöglichkeiten, die uns ein eigenes Wirtschaftsleben sichern. Wir suchen der Valutaschwierigkeiten durch Anspannung aller eigenen Kräfte Herr zu werden und die Ein- und Ausfuhr so zu organisieren, daß der Schaden den Nutzen nicht überwiegt.

Die zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erforderliche Organisation kann nicht nach altem Geiste bürokratisch von oben nach unten hin ins Werk geleitet werden, sondern sie muß von unten heraus durch die Wirtschaftskräfte des Volkes selbst herauswachsen und in die neuen Aufgaben hineinwachsen. Die hierzu berufenen Organisationen in Gewerbe und Industrie, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften, haben sich zu einmütigem Handeln auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen und wachen eifrig darüber, daß ihnen keine der zu regelnden allgemeinen Wirtschaftsverordnungen entzogen wird. Sie bilden den Reichswirtschaftsrat, sie arbeiten mit den zuständigen Reichsämtern in enger Berührung zusammen, sie sind hervorragend am Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten beteiligt, und sie sind auch in allen Fragen der Ein- und Ausfuhr tätig. Keine Maßnahme von wirtschaftlicher Bedeutung, bei der sie nicht vorher gehört würden und bei deren Durchführung sie nicht mitwirken. Bei der Lebensmittelversorgung, die zur Sicherung

der heimischen Volksernährung unumgänglich wurde, hat die Zentralarbeitsgemeinschaft sofort die Arbeitgeberbewegung, die durch die Getreide- und Kartoffelsteigerungserlöse entleerten Mehrkosten zu übernehmen, um eine Stärkung des Wirtschaftslebens möglichst fernzujubalen. Eine neue Organisationswirtschaft ist in der Entwicklung begriffen, die nichts mehr von der klaren Gebundenheit der Kriegswirtschaft aufweist, aber sich noch weiter von der freien Wirtschaft entfernt; eine Organisation, die den Wirtschaftsorganisationsformen volle Dispositionsfreiheit gewährt und den einzelnen an die Entscheidung der Organisation bindet, eine Zusammenführung von Wirtschaftsfreiheit und Zwangswirtschaft auf höherer Stufe. Gelingt es, die Arbeitsgemeinschaft in den wichtigsten Wirtschaftszweigen durchzuführen und Arbeitgeber, Arbeiter und Angestellte mit dem erforderlichen Wirtschaftsgelbe zu erfüllen, dann wird die deutsche Wirtschaftskraft aller Vernichtungspläne der Gegner den Sieg davontragen.

Die deutschen Gewerkschaften können auf das Jahr 1919 mit Befriedigung zurückblicken. Mit 1,6 Millionen Mitgliedern begannen sie ihren Wiederaufstieg, und am Jahreschluss erreichten sie 7,1 Millionen. Die Entwicklung war geradezu eine Sturmflut. Bereits Ende Januar war die Mitgliederzahl der Vorkriegszeit von 2,5 Millionen erreicht. Ende Februar überschritten die Gewerkschaften die dritte, Ende April die vierte, Mitte Juni die fünfte, Mitte August die sechste Million. Seitdem hat sich der Zugang merklich verlangsamt. Zweifellos können noch mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte für die Gewerkschaften gewonnen werden, auch unter Berücksichtigung eines gewissen Prozentsatzes, den andre Gewerkschaftsgruppen an sich ziehen. Aber diese werden nur in dem Maß organisationsreif, als das Wirtschaftsleben wieder erflarkt. Auch die Millionen Arbeitnehmer der Landwirtschaft werden erst nach Jahren den Gewerkschaften zugeführt werden können. Immerhin wurde von Mitte August bis Mitte November, also in drei Monaten, eine weitere, die siebente Million von Mitgliedern hinzugefügt. Auch heute noch befinden sich die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen im Steigen, und wenn es auch langsamer vorwärts geht als in den ersten Quartalen, so dürfen wir doch noch einen weiteren beträchtlichen Zuwachs erwarten. Von den 52 Gewerkschaften zählten 12 über 100 000 Mitglieder; sie vereinigten mit insgesamt 5,91 Millionen etwa 82 Proz. der Gesamtmitgliedschaft. Zehn weitere Verbände zählten über 50 000 bis 90 000 Mitglieder. 710 000 Mitglieder umfassen sie etwa 10 Proz. der Gesamtzahl. Die restlichen 500 000 Mitglieder verteilen sich auf 30 Gewerkschaften, von denen 17 Verbände zwischen je 10 000 und 48 000 und 13 weniger als je 10 000 Mitglieder zählten.

Der Nürnberg-Gewerkschaftskongress hat der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht nur in faktischer Hinsicht eine feste Basis gegeben, er hat auch neue theoretische Richtlinien und organisatorische Grundfragen geschaffen. Der Kongress verteilte das bisher so zusammenwirkende der Gewerkschaften auf einen geschlossenen Gewerkschaftsbund, in dessen Rahmen die Verbände, die General-Kommission und die Vorfindungskonferenzen sowie die Gewerkschaftskartelle organisch eingegliedert wurden. Die für diesen Gewerkschaftsbund aufgestellten Richtlinien zeichnen sich durch Klarheit und Werkkraft aus und werden selbst den weitest gesteckten Zielen in der Übergangsperiode der Sozialisierung gerecht. Besonderer Wert wurde auf die Demokratisierung der Wirtschaftsverfassung durch Einführung geordneter Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben mit weitgehenden Rechten gelegt und durch Beiträge die Gewerkschaften verpflichtet, die Betriebsräte auch durch tarifliche Vereinbarungen zu stützen. Von wirtschaftspolitischen Weisheiten zeugt die vom Gewerkschaftskongress aufgestellte Schaffung der Arbeitsgemeinschaften, die besonders für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unentbehrlich sind. Die Kämpfe, die sich um diese Arbeitsgemeinschaften in Arbeiterkreisen entzogen haben, entsprangen teils äußerlichen Gründen, teils galten sie der eigentlich recht theoretischen Streitfrage, ob sich dieser Wiederaufbau besser mit oder ohne Unternehmerium bewirken läßt. Es gibt nicht wenig Arbeiter, die den gegenwärtigen Zeitpunkt trotz unres schwer daniederliegenden Wirtschaftslebens für geeignet halten, die Sozialisierung auf der ganzen Linie durchzuführen, und die daher der Diktatur des Proletariats den Vorzug vor der Demokratisierung geben. Dieser Streit ist schon deshalb ein theoretischer, weil selbst die radikalsten Vertreter des Sozialisierungsgedankens sich davon überzeugen mußten, daß an eine Verwirklichung des Sozialismus durch proletarische Diktatur in Deutschland unter den jetzigen Umständen nicht zu denken ist. Leider hat dieser theoretische Streit auch eine ausgiebige agitatorische Ausnutzung in parteipolitischen Sinne erfahren und so zur Zersplitterung innerhalb der Gewerkschaften erheblich beigetragen.

Starke Anforderungen an die Zentralleistungen aller Verbände stellen die in sämtlichen Gewerben stärker als je hervorbrechenden Bestrebungen auf Abschluß formeller Vereinbarungen. Die Zahl der Tarifverträge wächst von Tag zu Tag, und besonders in solchen Industrien und Gewerben, die sich früher von der tariflichen Regelung fernhielten, sind die Bestrebungen auf Abschluß von Tarif-

verträgen am stärksten. Auch die zentrale Regierung durch Reichs- und Landesarbeit ist sich immer mehr durch nachdem die Schaffung der Arbeitsgemeinschaften die Bahn gebrochen hat. Freilich kommen diese tariflichen Vereinbarungen nicht immer auf friedlichem Wege zustande, oft genug bilden sie erst das Produkt harter Kämpfe. Nicht nur in der Berliner Metallindustrie, sondern auch in einigen anderen Industrien sind die zentralen Tarifverbände geteilt, teils weil der Tarifgedanke noch zu neu war, um gleich in zentraler Bindung anerkannt zu werden, teils weil er mit neuen Problemen in Verbindung gebracht wurde, die sich bisher der tariflichen Regelung entzogen hatten. Das erklärt manchen Fehlschlag. Trotz dieser Enttäuschungen ist der Sieg des Tarifgedankens nicht mehr auszubalden, und es ist zu erwarten, daß schon in wenigen Jahren tariflose Gewerbe zu den Ausnahmen und un-tarifliche Arbeitsverhältnisse zu den Ungleichheiten gezählt werden dürfen. Welch ein Umsturz gegenüber den Zeiten, wo die Buchdrucker wegen ihrer tariflichen Bestrebungen der Harmoniefalschlei und wer weiß wessen sonst noch bezichtigt wurden!

Auf sozialpolitischem Gebiet ist im Vorjahr eine Riesearbeit geleistet worden, wie unser bewährter sozialpolitischer Mitarbeiter in seinem Rückblick auf das Jahr 1919 in der ersten Nummer des laufenden Jahrgangs schon geschildert hat. Neben dem auf sozialpolitischem Gebiet bisher positiv Erreichten ist man auch an die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts und an die Revision der Reichsversicherungsordnung herangekreten; zwei Aufgaben, die in Jahren kaum zu bewältigen sein werden. Daß es vielen noch immer zu langsam vorangeht, das ist auf die Unrast der Zeitverhältnisse, unter denen wir leben, zurückzuführen, aber auch auf die mancherlei Schwierigkeiten, die sich dem Ausbau der Sozialgesetzgebung in einem Volksstaat entgegenstellen. Man braucht nur an das Betriebsarbeitsgesetz zu denken.

Auch die Sozialisierung ist nicht in dem erwarteten Tempo durchgeführt worden. Als die Regierung der Volksbeauftragten die Sozialisierungskommission einsetzte, hofften viele auf gewaltige Umgestaltungen. Diese Kommission hat sich im wesentlichen auf wissenschaftliche Untersuchungen und Gutachten beschränkt. Sie trat zurück, als bureaukratische Strömungen in der Regierung ihr das freie wissenschaftliche Wirken allzu engbegrenzt begrenzten. Aber: daß die Sozialisierung verschleppt und verspätet wurde, war wohl nicht der Hauptsache, daß inneren Regierungskonflikte und demschlimmen Friedensvertrag zu danken, der jede freilegende Umgestaltung unterband. Daran wird sich auch in den nächsten Jahren schwerlich etwas ändern lassen. Auch eine unabhängige sozialistische Regierung müßte mit diesem Fallsachenbestand rechnen. Was uns nach dem Friedensvertrag an Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete verbleibt, das ist der Wiederaufbau unserer Wirtschaft mit allen vereinten Kräften, ohne gewagte sozialistische Experimente, die möglichst schiedlich-friedliche Lösung aller Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und eine sozialpolitische Reformgesetzgebung, die der Arbeiterschaft neben der Sicherung ihrer Lebensnotwendigkeiten auch ein Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnisse wie in wirtschaftlichen Fragen des Betriebes gewährleisten. Diese Aufgaben sind wahrlich bedeutungsvoll genug, um unsre gesamten Kräfte auf Jahre hinaus in Anspruch zu nehmen und der Arbeiterschaft größtmögliche Vorteile zu erringen. An Arbeit wird es also in den nächsten Jahren nicht fehlen, desto mehr aber an geschulten Kräften. Wenn der Parteivorstand der USP in seinem dem Leipziger Parteitag vorgelegten Geschäftsbericht über das Fehlen geeigneter Kräfte zur Bewältigung der Organisationsaufgaben beweglich klagte, so liegen die Dinge in dieser Beziehung bei den Gewerkschaften nicht viel besser. Auch hier fehlen die Kräfte, nachdem unzählige von denen, die durch die praktische Schule der Gewerkschaftsbewegung hindurch gegangen sind, Leben oder Gesundheit im Weltkrieg eingebüßt haben. Andererseits absorbiert die neuere staatliche Entwicklung gerade die fähigsten Köpfe unserer Bewegung. Das entstandene Manko wird nur nach und nach durch gewerkschaftliche Schulung ausgeglichen werden können. Soweit die Zeitverhältnisse es gestatten, muß in allen Verbänden dafür gesorgt werden, daß in planmäßiger Erziehungsarbeit die Grundlagen einer klaren Anschauung über das komplizierte Wirtschaftsleben gelegt und befestigt werden. Wer sich als Gewerkschaftler dazu durchgerungen hat, der wird im Strudel der Meinungen nicht steuerlos hin und her schwanken.

□ □ □ Ernährungswirtschaft □ □ □

Sturm auf die Zwangswirtschaft

Außerst gefährliche Forderungen haben die Großagrarier unter Zustimmung von Vertretern der bürgerlichen Parteien jetzt wieder gestellt. Danach soll die Viehwirtschaft sofort freigegeben werden, was bedeuten würde, daß es ein Recht auf Fleisch zu erschwinglichen Preisen nicht mehr gäbe. Die Bewirtschaftung der Karststellen soll mit laufendem Wirtschaftsjahr ihr Ende erreichen, und bei

